

Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine des KOK e.V.

Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 nutzte der KOK das Angebot der Parteien BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, SPD, FDP und CDU/CSU, ihnen einige programmatische Fragen zum politischen Umgang mit Menschenhandel und von Menschenhandel und Ausbeutung betroffenen Personen zuzusenden. Die Antworten sind hier, teils leicht gekürzt und zusammengefasst, für Sie zusammengestellt. Den Parteien konnten im Rahmen des Wahlprüfstein-Verfahrens nur eine begrenzte Anzahl von Fragen präsentiert werden. Daher haben nicht alle Parteien genau dasselbe Fragentableau erhalten.

	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	FDP	CDU/CSU
<p><i>Frage 1:</i> Menschenhandel ist eine schwere Straftat, durch die Personen in eine Ausbeutungssituation gebracht und gezwungen werden, Tätigkeiten zu verrichten, durch die andere profitieren. Werden Sie die Bekämpfung von Menschenhandel und dabei vor allem den Schutz der Betroffenen zur Priorität machen?</p>					
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ja. Auflegung eines nationalen Aktionsplans gegen Menschenhandel mit Mitteln des Strafrechts und präventiv durch ein gemeinsames europäisches Vorgehen für Information sowie Schutz und Hilfe für die Opfer 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rein repressiv, auf Strafverfolgung ausgerichtete Konzepte sind unzureichend ▪ Etablierung harmonisierter Richtlinien und Leitfäden mit den zuständigen Landesbehörden zur Identifizierung und Unterstützung der Betroffenen ▪ Prioritäten: → Sicheres Aufenthaltsrecht für Opfer von Menschenhandel → finanzielle Förderung von Unterstützungsstrukturen → kostenfreier Rechtsbeistand 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Eine Koordinierung staatlicher Maßnahmen, entsprechend der Vorgaben des Übereinkommens des Europarates zur Bekämpfung von Menschenhandel, ist dringend geboten. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Priorisierung der personellen und finanziellen Mittel von Bundespolizei und Zoll zur internationalen Strafverfolgung (Austausch mit den Bundesländern, den europäischen Mitgliedsländern sowie betroffenen Drittstaaten) ▪ Sammlung von mehr staatlichen Informationen und Daten über dieses Dunkelfeld 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Intensivere Ermittlungen dank überregionaler und behördenübergreifender Zusammenarbeit durch die Polizei- und Ermittlungsbehörden in Deutschland sowie auf europäischer Ebene mit EUROPOL und den Herkunftsländern der Täter ▪ Ausbau von Informations- und Beteiligungsrechten für Opfer von Straftaten und verstärkte polizeiliche und justizielle Aus- und Weiterbildung



	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	FDP	CDU/CSU
		→ psychologische und medizinische Behandlung → Entschädigungsleistungen → Zugang zu sozialen Leistungen und Bildungsangeboten			
<p>Frage 2: Werden Sie sich für die Einrichtung einer politischen Koordinierungsstelle auf Bundesebene zum Thema Menschenhandel einsetzen, um Kohärenz und Synergie im Handeln unterschiedlicher Akteure zu erreichen? Wo soll sie verankert werden?</p>					
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umsetzung der Vorgaben aus der Istanbul-Konvention und die Sicherstellung der erforderlichen Infrastruktur durch die Bundes- und Landesregierungen und -behörden 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Koordinierungsstelle beim Bundesministerium für Justiz; dort sollen weitere Ressorts wie das Bundesinnenministerium, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Bundesfamilienministerium angebunden und vertreten sein ▪ Erhalt und Ausbau der zivilgesellschaftlich getragenen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sowie Förderung und Ausbau von Koordinierungsstellen auf Ebene des Bundes 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ja, beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Offen für die Einrichtung einer politischen Koordinierungsstelle auf Bundesebene ▪ Unterstützung für den Ausbau der Anti-Menschenhandel-Koordinatorenstelle auf EU-Ebene zur Ermöglichung des Austauschs mit Herkunfts- und Zielstaaten von Menschenhandel ▪ Förderung von unabhängigen spezialisierten Beratungsstellen und deren Vernetzung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einrichtung einer nationalen Berichterstattungsstelle Menschenhandel beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) für die Koordinierung, Bewertung von allgemeinen Entwicklungen sowie Präventions- und Bekämpfungsmaßnahmen, die Sammlung statistischer Daten von Behörden und Zivilgesellschaft und die Berichterstattung an Bundestag und Bundesregierung ▪ Eine Verbindung einer Koordinierungsstelle zum Thema Menschenhandel mit einer Stelle zum Thema Gewalt gegen Frauen wird abgelehnt



	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	FDP	CDU/CSU
<p>Frage 3: <i>Betroffene von Menschenhandel im Kontext von Flucht und Asyl werden oft nicht identifiziert und nicht ausreichend geschützt. Werden Sie sich für Verbesserungen einsetzen, etwa dass Betroffene nicht nach der Dublin-Verordnung überstellt werden, wenn Gefahr droht, dann erneut ausgebeutet zu werden?</i></p>					
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Überstellung nach der Dublin-Verordnung wird als kontra-produktiv bewertet ▪ Im Asylverfahren eine rechts-sichere, faire und transparente Entscheidung in angemessener Zeit, die Identifizierung besonderer Schutzbedarfe vor der Anhörung, Berücksichtigung erlittener geschlechtsspezifischer Verfolgung und Gewährleistung einer dazugehörigen Beratung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Geregelter Verfahren und Mechanismen für eine frühzeitige Identifizierung besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge wie Betroffene von Menschenhandel ▪ Eine flächendeckende, individuelle Asylverfahrensberatung durch unabhängige Stellen noch vor der Anhörung, niedrigschwellige medizinische Beratungs- und Behandlungsangebote und die Schulung und Fortbildung von Bediensteten, die im Kontakt mit Geflüchteten stehen ▪ Hinweis, dass die Übernahme der Asylprüfung ("Selbsteintritt") durch das BAMF eine Selbstverständlichkeit sein sollte und dass es dem BAMF an der nötigen Sensibilität und Verantwortungsbewusstsein fehlen würde 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Qualität der Maßnahmen des BAMF soll durch stetige Qualifizierung der Mitarbeiter*innen gesteigert werden ▪ Gewährleistung einer flächendeckenden und von staatlichen Strukturen unabhängig ausgebauten und angemessen ausgestatteten Asylverfahrensberatung ▪ Anerkennung geschlechtsspezifischer Asylgründe, eine bessere geschlechtergerechte Unterbringung, Gewaltschutz für Frauen, u. a. durch die Weiterentwicklung des Gewaltschutzsystems, Ausbau von aufsuchenden sozialen und psychologischen Beratungsangeboten und Prüfung aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umsetzung der international eingegangenen menschenrechtlichen Verpflichtungen wie etwa der Istanbul Konvention 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Opfer von Menschenhandel im Asylverfahren gelten bereits als besonders schutzbedürftige Personengruppen, deren Sachverhalt von speziell geschulten und sensibilisierten Entscheiderinnen und Entscheidern vom BAMF bewertet werden ▪ das Selbsteintrittsrecht kann bei glaubhaft vortragenden Opfern von Menschenhandel ausgeübt werden
<p>Frage 4: <i>Betroffene von Ausbeutung bei der Bettelei oder der Begehung strafbarer Handlungen werden nach wie vor kaum identifiziert, Strafverfolgung findet so gut wie nicht statt. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dafür sorgen, diesen Missstand zu beheben und diese Formen von Menschenhandel zu bekämpfen?</i></p>					



	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	FDP	CDU/CSU
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verstärkte Kontrollen zur Identifizierung der Opfer und eine entsprechende Ausstattung der Kontrollbehörden mit Personal und Sachmitteln ▪ Nationaler Aktionsplan 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sicheres Bleiberecht, nicht-staatliche Unterstützungsstrukturen und soziale Hilfeleistungen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bekämpfung von Organisierter Kriminalität durch gute Kooperation der Polizei mit Ordnungsamt, Sozialarbeit, Bildungsverwaltung und weiteren Behörden ▪ Kontinuierliche und flächenübergreifende Strukturermittlungen der Länderpolizeien, der Bundespolizei und des Zolls zusammen mit BKA und Europol ▪ Verbesserte Strukturen der Sicherheitsbehörden und eine reibungslosere Verzahnung mit der Justiz 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausbau der Schulung und Weiterbildung von Fachpersonal in folgenden Bereichen: <ul style="list-style-type: none"> → Identifizierung von Opfern von Menschenhandel → Sensibilisierung und Ausbildung von Fachpersonal für eine verbesserte Opferbetreuung → Verbesserung des Sprachangebots bei der rechtlichen Aufklärungsarbeit und Beratung → die Fortbildung im Rahmen der Repriorisierung der Mittel von Zoll und Bundespolizei → Forderung nach umfangreichen Dunkelfeldstudien für die Beleuchtung krimineller Strukturen in der Prostitution. Für die Planung und Auswertung der Studien sollen Expertinnen und Experten sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus Fachberatungsstellen eingebunden werden. 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Den Strafverfolgungsbehörden liegen nur geringe Erfahrungswerte vor, so dass das tatsächliche Ausmaß der Straftaten nur schwer abschätzbar ist ▪ Starke Polizei und Justiz mit ausreichenden Mitteln und stärkerer Präsenz auf Straßen und Plätzen sowie an Bahnhöfen

Frage 5:
Gute Unterstützungsstrukturen für Betroffene von Menschenhandel tragen wesentlich zur Identifizierung Betroffener und zur Bekämpfung von Menschenhandel bei. Werden Sie sich dafür einsetzen, das (bisher lückenhafte) Hilfesystem für Betroffene aller Formen des Menschenhandels auf- und auszubauen? Wie?



	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	FDP	CDU/CSU
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ausreichend finanzierte Beratungsstellen im ländlichen Raum ebenso wie in (städtischen) Ballungsgebieten 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Auf Ebene des Bundes Förderung von Projekten, auf Landesebene Finanzierung dauerhaft arbeitender Strukturen ▪ Mit den bestehenden Beratungs- und Unterstützungsstrukturen Lücken im bisherigen Hilfesystem identifizieren ▪ Ausreichend personelle als auch finanzielle Ressourcen für alle Unterstützungsformen für alle Formen des Menschenhandels ▪ Bundesweit harmonisierte Richtlinien und Leitfäden für eine verbesserte Identifizierung von Opfern von Menschenhandel ▪ Erstellung eines Aktionsplan mit einer unabhängigen Berichterstattungs- und Koordinierungsstelle für alle Maßnahmen ▪ Gewährung von Aufenthaltstitel, Schutz und Entschädigung unabhängig von der Bereitschaft der Opfer, als Zeug*in in einem Strafverfahren auszusagen; Garantierung der Straffreiheit von Betroffenen von Menschenhandel ▪ Stärkung unabhängiger, anonymer Beratungsstellen und 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Weiterentwicklung eines Hilfesystems aus Beratungsstellen, Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen entsprechend der Istanbul-Konvention ▪ Einführung eines Rechtsanspruchs auf Beratung und Schutz für von Gewalt betroffenen Frauen (ebenfalls für Geflüchtete) ▪ Eine unabhängige und nationale Berichterstattungsstelle sowie die geplante Koordinierungsstelle zu Menschenhandel ▪ Verbesserung der Aufenthaltsrechtlichen Situation für ausländische Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution, die nicht länger von deren Aussagebereitschaft gegen ihre Peiniger:innen in einem Strafverfahren abhängig sein darf 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Förderung von unabhängigen, spezialisierten Beratungsstellen und deren internationale Vernetzung ▪ Bei Abschiebungen von Prostituierten müssen Beratungsstellen, wenn von der Betroffenen gewünscht, während des gesamten Verfahrens eingebunden sein 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die spezialisierten Fachberatungsstellen für Betroffene von Menschenhandel sind von den Strafverfolgungsbehörden einzubinden ▪ Sensibilisierte Sachbearbeiter bei den Strafverfolgungsbehörden sowie Übersetzungsdienste bei ausländischen Opfern von Menschenhandel



	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	FDP	CDU/CSU
		<p>Sicherstellung von Therapie-mittel, medizinische sowie psychologische Betreuung, Rechtsbeistand und Rechts-hilfe, Zugang zu sozialen Lei-stungen und Bildungsange-boten</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Das gesamte Hilfe- und Schutzsystem soll, der Istan-bul-Konvention entspre-chend, allen betroffenen Frauen niedrigschwellig zur Verfügung stehen ▪ Einführung des Verbandskla-gerecht, damit betroffene Frauen nicht mehr allein vor Gericht klagen müssen 			
<p>Frage 6: Durch welche Maßnahmen soll dafür gesorgt werden, Betroffene von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung, insbesondere Frauen in haushaltsnahen Dienstleistungen und der Pflege, verstärkt zu erkennen und ihnen Zugang zu Schutz und Unterstützung zu ermöglichen?</p>					
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Auflegung eines nationalen Aktionsplans gegen Men-schenhandel mit Mitteln des Strafrechts und präventiv durch ein gemeinsames euro-päisches Vorgehen für Infor-mation sowie Schutz und Hilfe für die Opfer ▪ Entwicklung eines gesetzli-chen Rahmens für migran- 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung von Beratungs- und Hilfsstrukturen ▪ keine Datenherausgabe von Klient*innen an Behörden ▪ Schutz der Betroffenen und die Legalisierung ihres Auf-enthalts ▪ Stärkung der Rechte von Be-schäftigten in Privathaushal-ten 	<p><i>Der KOK hat diese Frage der Par-tei nicht gestellt.</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umsetzung der international eingegangenen menschen-rechtlichen Verpflichtungen wie etwa der Istanbul Kon-vention 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die CDU und CSU sehen kei-nen weiteren Handlungsbe-darf, über die in der laufen-den Legislaturperiode initiierten Maßnahmen hinaus



	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	FDP	CDU/CSU
	tische Haushaltshilfen und Betreuungskräfte, der Rechte und Pflichten für beide Seiten (Pflegehaushalt und Carebeschäftigte) definiert	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schaffung von Strukturen aus zertifizierten Agenturen, gemeinwohlorientierten und kommunalen Trägern und Pflegeplattformen als Alternative zum „grauen Markt“ der haushaltsnahen Dienstleistungen ▪ Beendigung der 24-Stunden-Pflege 			
<p>Frage 7: Mit welchen Maßnahmen wollen Sie zur besseren Bekämpfung von Handel mit und Ausbeutung von Minderjährigen (auch mittels digitaler Medien) beitragen? Wie sollen Betroffene besser geschützt und bedarfsgerecht untergebracht werden?</p>					
	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Auflegung eines nationalen Aktionsplans gegen Menschenhandel mit Mitteln des Strafrechts und präventiv durch ein gemeinsames europäisches Vorgehen für Information sowie Schutz und Hilfe für die Opfer ▪ Auf Internetkriminalität spezialisiertes Personal bei Polizei und Staatsanwaltschaften ▪ Gewährleistung einer sicheren Unterkunft 	<p><i>Der KOK hat diese Frage der Partei nicht gestellt.</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung von Fachkräften bei der Erkennung von Menschenhandel und Ausbeutung von Kindern sowie eine bessere Zusammenarbeit aller Beteiligten ▪ Verbesserung und Stärkung der Schutz- und Hilfestrukturen für von Ausbeutung und Handel gefährdete Kinder und Jugendliche ▪ Bündelung von Wissen, Organisation von Verantwortungsgemeinschaften, Gewährung gezielter Hilfen, weitere umfassende Forschungen zu allen Formen der Ausbeutung Minderjähriger 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zur besseren Bekämpfung des Menschenhandels Erhebung eines besseren und möglichst vollständigen Lagebilds 	<p><i>Der KOK hat diese Frage der Union nicht gestellt.</i></p>



	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	FDP	CDU/CSU
<p>Frage 8: <i>In welchen rechtlichen Bereichen würden Sie welche Änderungen angehen, um die Situation von Betroffenen von Menschenhandel in Deutschland zu verbessern?</i></p>					
	<ul style="list-style-type: none"> Nationaler Aktionsplan gegen Menschenhandel: Effektivierung der Schwarzarbeitsbekämpfung und der strafrechtlichen Verfolgung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung Zeugnisverweigerungsrecht für die Mitarbeitenden einschlägiger Beratungsstellen Ermöglichung von Bleiberecht Stärkung der europäischen und internationalen Zusammenarbeit 	<p>Der KOK hat diese Frage der Partei nicht gestellt.</p>	<p>Der KOK hat diese Frage der Partei nicht gestellt.</p>	<p>Der KOK hat diese Frage der Partei nicht gestellt.</p>	<p>Der KOK hat diese Frage der Union nicht gestellt.</p>
<p>Frage 9: <i>Wie stehen Sie zur Erarbeitung eines Aktionsplans mit konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel und Ausbeutung und zum Schutz der Betroffenen in Deutschland? Welchen Prioritäten wird er folgen?</i></p>					
	<p>Der KOK hat diese Frage der Partei nicht gestellt.</p>	<ul style="list-style-type: none"> Für die Erarbeitung eines Aktionsplans, mit einer unabhängigen Berichterstattung und Koordinierungsstelle, die alle Maßnahmen koordiniert Prioritäten wie unter 1. dargestellt 	<ul style="list-style-type: none"> Prävention, Strafverfolgung, Opferschutz und Zusammenarbeit Verschiedene Maßnahmen, wie den politischen Austausch mit den Herkunfts- und Zielstaaten, Präventionsmaßnahmen im Herkunftsland, die Kontrolle von Transitwegen, die verbesserte Identifizierung der Opfer, die 	<ul style="list-style-type: none"> Stehen einer Erarbeitung eines Aktionsplans offen gegenüber. Prioritäten: enger Austausch zwischen allen betroffenen Akteuren, wie den Strafverfolgungsbehörden und von Experten aus der Zivilgesellschaft Als ersten Schritt: das Einhalten von Ausweispapieren 	<p>Umsetzung der EU-Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels 2021 -2025:</p> <ul style="list-style-type: none"> eine gezielte Finanzierung der Bekämpfung von Menschenhandel in den Mitgliedstaaten, insbesondere im Hinblick auf die geschlechts- und kinderspezifischen Aspekte,



	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	FDP	CDU/CSU
			konsequente Bekämpfung der organisierten Kriminalität und aufenthaltsrechtliche Bestimmungen, die ihre grundlegenden Rechte berücksichtigen und sie vor (sexualisierter) Gewalt schützen <ul style="list-style-type: none"> ▪ Die Schaffung eines nationalen Aktionsplans wird als sinnvoll bewertet 	durch Privatpersonen strafbar machen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ eine verbesserte Datenerfassung und -gewinnung in Bezug auf den Menschenhandel, ▪ die Koordination der Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten in grenzüberschreitenden und internationalen Fällen, ▪ Programme für Opfer zur Wiedereingliederung und Befähigung zur Selbstbestimmung, ▪ eine gezielte finanzielle Unterstützung von spezialisierten Unterkünften für Opfer des Menschenhandels sowie ▪ einen Aktionsplan der Kommission gegen die Schleusung von Migranten

Frage 10:
Will Ihre Partei die für den Zugang zu Gesundheitsversorgung notwendigen öffentlichen Stellen von der Übermittlungspflicht nach § 87 Aufenthaltsgesetz ausnehmen, damit Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus gemäß ihres gesetzlichen Anspruchs ohne Angst vor Abschiebung zum Arzt gehen können?



	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	SPD	FDP	CDU/CSU
	<i>Der KOK hat diese Frage der Partei nicht gestellt.</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ja. Ermöglichung eines niedrigschwelligen Zugangs zu medizinischen Behandlungsmöglichkeiten, zu Schule, zu Arbeitsgerichten etc., ohne Angst haben zu müssen, abgeschoben zu werden. ▪ Wege in die "Legalität" müssen aufgezeigt werden, durch Legalisierungsregelungen oder durch Einzelfallprüfungen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Menschen ohne Krankenversicherung soll mithilfe eines anonymisierten Krankenscheins eine gesundheitliche Versorgung ermöglicht werden (als Vorbild Thüringen) 	<i>Der KOK hat diese Frage der Partei nicht gestellt.</i>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Die geltende Rechtslage erlaubt bereits eine angemessene gesundheitliche Versorgung des angesprochenen Personenkreises

